



www.sdaj-berlin.de

BASTIA!

ZEITUNG DER SDAJ-BERLIN

No. 4/09

Sparen Streichen Schließen

JUGENDKLUBS WERDEN GESCHLOSSEN, BIBLIOTHEKEN DICHTGEMACHT, SOZIALARBEITER ENTLASSEN. MAL WIEDER HAT DER BERLINER SENAT DEN BEZIRKEN ORDENTLICH GELDER GESTRICHEN UND ES INHNEN ÜBERLASSEN ZU ENTSCHEIDEN, WO GESPART WERDEN SOLL.

Trotz der zusätzlichen 90 Millionen, die der Senat nach dem kollektiven Protest der Bürgermeister gegen den Sparhaushalt 2010/2011 gnädig gewährt hat, reicht das Geld hinten und vorne nicht. Besonders betroffen sind natürlich wieder mal jene Bezirke, die schon als Problembezirke bekannt sind: Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte.

Kürzung der Kürzungen

Der geplante Sparhaushalt ist nichts Neues in Berlin. Bereits 2007 war das Geld für die Bezirke ordentlich zusammen gestrichen worden. Jetzt soll das Gekürzte noch weiter gekürzt werden. Natürlich auch diesmal wieder besonders stark in Bildungs-, Kultur- und Sozialeinrichtungen, die unprofitabel sind und überwiegend von Geringverdienern, Hartz IV-Empfängern und deren Kindern genutzt werden.

So sollen in Friedrichshain-Kreuzberg alle 15 Jugendfreizeiteinrichtungen an freie Träger übertragen werden, mit

dem Argument, dass anderenfalls diese Einrichtungen komplett geschlossen werden müssten. 55 Mitarbeiter können von der Gehaltslisten gestrichen werden, 500 000 EUR kann der Bezirk so sparen. Darüber hinaus erhalten die Bibliotheken 100 000 EUR weniger für die Neuanschaffung von Büchern, Einrichtungen für Gesundheits- und Sozialberatungen werden geschlossen, bei der Jugendberufshilfe wird tüchtig reduziert.

Keine Tabus mehr

Der Regierungsbezirk Mitte kennt sogar überhaupt keine Tabus mehr, wenn es ums Sparen geht. Sein Sparpaket umfasst die Schließung vieler Jugendfrei-

Inhalt

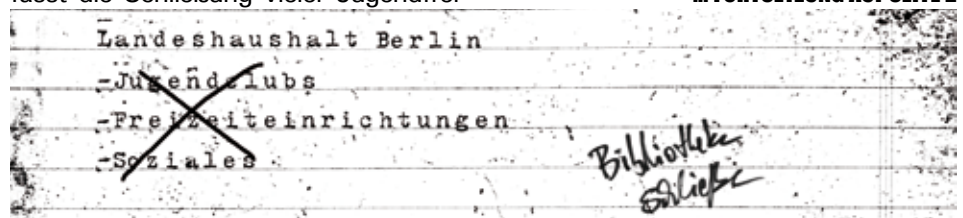
Koalition des Schreckens.....	SEITE 2
Klimagipfel in Kopenhagen.....	SEITE 3
Auf, Auf zur traditionellen Demo in Gedenken an Luxemburg und Liebknecht!.....	SEITE 3
Who is who? – SDAJ-Bilderrätsel....	SEITE 4
Wer wir sind & was wir wollen.....	SEITE 4

zeitstätten, zum Beispiel des Weinmeisterhauses. Obwohl viele Kieze des Bezirks als soziale Brennpunkte gelten, werden in der Beratungsstelle für verhaltensauffällige Kinder 8 der 14 Therapeuten entlassen und die Erziehungs- und Familienberatung an private Träger übergeben. Die Bertolt-Brecht-Bibliothek muss dicht machen, weitere Bibliotheken werden zusammengelegt.

Ausgrenzen, ausschließen, sich selbst überlassen

Was diese Streichungen für die Betroffenen bedeuten liegt auf der Hand. Kinder und Jugendliche, deren Eltern nicht das Geld für Musikunterricht, Sportkurse oder Nachhilfelehrer haben, hatten bisher immerhin noch einige Möglichkeiten ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten.

... FORTSETZUNG AUF SEITE 2



Sparen, streichen, schließen

FORTSETZUNG VON SEITE 1 ...

Jugendzentren machen Angebote von Räumlichkeiten für Jugendbands über Sport- und Spielgruppen bis hin zur Hausaufgabenbetreuung.

Damit gaben sie Jugendlichen die Chance, trotz armer Eltern ihren Hobbys nachgehen zu können und sich bei Schulproblemen helfen zu lassen. Auch die auf den ersten Blick nicht

Rot-roter Senat
erkämpft sich
auch 2009 den
Titel „Sozialer
Kahlschläger
des Jahres“

so schlimmen Übertragungen an freie Träger führen erfahrungsgemäß zur Reduzierung von Angeboten, Entlassungen bzw. Lohndumping bei den Mitarbeitern.

Reagieren, protestieren, demonstrieren

Doch das interessiert den ach so roten Senat herzlich wenig. Der redet lieber von Schuldenbergen, von der Wirtschaftskrise und begründet so den neuen Höhepunkt des Sozialkahlschlags. Aber: 10 Millionen für die dämliche Image-Kampagne be.berlin waren da. 10 Millionen! Mal eben nach oben geschaut zeigt sich, dass schon

500 000 EUR gereicht hätten, um 55 Sozialarbeiter und Pädagogen in den Jugendzentren in Friedrichshain-Kreuzberg weiter zu beschäftigen. Merkwürdigerweise ist offenbar immer dann Geld da, wenn der Senat Bock auf eine Sache hat. Bock auf Kinder und Jugendliche aus Problemkiezen hat er augenscheinlich nicht.

Aber: Wir lassen uns von den rot-roten Anzugträgern nicht verarschen. Wenn der Senat glaubt, er müsse seine Schulden durch Kürzungen im Sozialen abzubauen, statt unsinnige Kampagnen zu unterlassen oder endlich mal Unternehmen und Reiche ordentlich zu besteuern, hat er sich geschnitten. Wenn er uns nicht gibt was wir brauchen, werden wir uns eben nehmen müssen. Denn diese Stadt gehört nicht irgendwelchen Herrschenden, sie gehört uns.

Daher:

Raus auf die Straße und rein in die Jugendzentren!

KOALITION DES SCHRECKENS

In Folge der Bundestagswahlen ist eine Regierung an die Macht gekommen, die hemmungslos die Interessen der oberen Zehntausend vertritt. Krisenverursacher: Unternehmer, Banken und Konzerne reiben sich die Hände! Schließlich werden Milliarden für die Rettung der Banken und Konzerne sowie für Rüstung und Krieg ausgegeben.

Wir tragen die Lasten!

Uns wird ständig zu verstehen gegeben, dass kein Geld für Bildung, Kultur, Lehrstellen, Arbeitsplätze und Soziales da sei. Obwohl die Kanzlerin meint „Kanzlerin aller Deutschen“ zu sein, werden wir in den nächsten Jahren erleben, dass nicht die Reichen für die Folgen der Krise aufkommen, sondern wir - die Arbeiter, Angestellten, Jugendlichen und Arbeitslosen.

Das Ausmaß sozialer Einschnitte ist aber jetzt noch nicht absehbar. Denn vor den Landtagswahlen in NRW Anfang 2010 hält sich die Koalition mit konkreten Aussagen zurück. Tolles Demokratieverständnis, wenn die Menschen bewußt über die eigentliche Vorhaben im Unklaren gelassen werden, damit sie ihr Kreuz an der richtigen Stelle machen.

Griff in die Lohntüte

Während die Steuerlasten für Unternehmen gesenkt werden, müssen die Arbeiter die dadurch entstehenden Mindereinnahmen des Staates mit ihren Beiträgen ausgleichen.

Bspw. im Gesundheitswesen: Während bisher Unternehmer und Arbeiter sich die Kosten für die Krankenversicherung teilen, müssen nun die Arbeiter sämtliche Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung von Ihrem Bruttolohn selbst zahlen. Die Unternehmerbeiträge bleiben hingegen konstant. Weitere Einschnitte sind für Hartz IV Empfänger geplant, wie die Senkung der Zuschüsse für Mieten und Betriebskosten. Die steuerlichen Entlastungen für Unternehmen haben auch in der Vergangenheit nicht dazu beigetragen Arbeitsplätze zu erhalten oder neue Arbeitsplätze zu schaffen. Stattdessen wurden Millionen Menschen entlassen.

Reiches Kind studier´! Armes Kind Hartz IV!

Zwar steht im Koalitionsvertrag, dass der Zugang zur Bildung für ALLE gleich sein soll. Doch die Realität wird auch in Zukunft anders aussehen. Es wird nach wie vor keine Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus sozial

benachteiligten Familien beim Zugang zur Bildung geben. Denn Lehrmaterialien, Schulessen, Klassenfahrten, außerunterrichtliche Aktivitäten kosten immer mehr. Die angekündigte Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages kommt wieder nur den Vermögenden zu Gute. Jede Erhöhung des Kindergeldes wird den Familien die von Hartz IV leben müssen von ihren Bezügen abgezogen. Sie haben nichts davon.

Die Einführung von Studiengebühren stellen eine zusätzliche Hürde für sozial Benachteiligte dar. Der Anteil von Jugendlichen aus Arbeiterfamilien, die studieren ist seit Jahren rückläufig. Neben dem BAFÖG soll nun bevorzugt auf Stipendien für „Hochbegabte“ gesetzt werden. Das führt zu einer weiteren Ausgrenzung sozial Benachteiligter.

Wir fordern:

Millionäre besteuern!

Rüstungsausgaben stoppen!

Studiengebühren abschaffen!

Bildung für alle und zwar umsonst!

Never trust a COP

Gegen den Klimagipfel in Kopenhagen

IM DEZEMBER KOMMEN VERTRETER VON VEREINTEN NATIONEN, NON-GOVERNMENTAL ORGANIZATIONS (NGOS) UND DES MONOPOLKAPITALISMUS ZUSAMMEN, UM ÜBER EIN NACHFOLGEPROTOKOLL DES KYOTO PROTOKOLLS ZU VERHANDELN, DIES FINDET AUF EINER JÄHRLICHEN „CONFERENCE OF PARTIES“ - KURZ COP STATT...

Dieses UN-Protokoll soll dem Klimaschutz dienen und erstmals völkerrechtlich verbindliche Grenzen für den Ausstoß von Treibhausgasen setzen. Die Zeit zur Verabschiedung eines verbindlichen globalen Abkommens drängt; Kriege um Ressource sind längst Realität, die Polkappen schmelzen ab und die Außengrenzen Europas werden zu Festungen ausgebaut um den künftigen

tern werden wird bereits von manchen Ländern an einem „Plan B“ für ein Abkommen gearbeitet um die mageren Beschlüsse des COP als Erfolg zu verkaufen.

Was tun?

Um die Regierenden zu einem wirklichen Beschluss zu drängen mobilisieren verschiedene Klimagruppen zu Protestaktionen nach Kopenhagen. Es sind verschiedene Aktionen geplant, u.a. eine Internationale Großdemonstration am 12. und die Besetzung des Kopenhagener Hafens am 13. Dezember. Um Logistik, Unterkunft und Verpflegung wird sich bereits gekümmert. Von eurer Seite wird Aktionismus erwartet. Kreativer Straßenprotest, Blockaden, friedlicher ziviler Ungehorsam u.s.w. Gemeinsam können wir mehr bewegen, deshalb organisiert auch das Klimaplenum Berlin Busse um nach Kopenhagen zu reisen.



Klimaflüchtlingen zu widerstehen.

Wo ist das Problem?

Um einem Klimawandel wirksam entgegenzutreten müssten wir bereits jetzt unsere Emissionen drastisch verringern. Doch hinter dem Protokoll verbergen sich marktwirtschaftliche Interessen, denn kein kapitalistisches Land möchte ein Abkommen unterzeichnen dessen Folgen zum schrumpfen der eigenen Wirtschaftsleistung beiträgt. Aus diesem Grund haben auch die Hauptverursacher des Klimawandels, die USA und China, bisher kein Abkommen zur Beschränkung der Emissionswerte unterzeichnet. In deren Konzept passt auch das zynische Gerede von einer Krise der Finanzmärkte und des Klimas um die umfassende Krise des Kapitalismus zu leugnen, denn ihre Profite sind nur in diesem, auf Unterdrückung basierenden System möglich.

Da die Verhandlungen um ein Protokoll wieder an den führenden Wirtschaftsnationen und deren politischen Entscheidungsträgern schei-

tern werden wird bereits von manchen Ländern an einem „Plan B“ für ein Abkommen gearbeitet um die mageren Beschlüsse des COP als Erfolg zu verkaufen.

AUF NACH KOPENHAGEN!

FIGHT FOR CLIMATE JUSTICE!

Stiko-Ticker

Wie jedes Jahr treffen sich auch am 5–6. Februar 2010 wieder Kriegsstrategen und Rüstungslobbyisten aus aller Welt im Münchner Hotel bayrischer Hof. Bei der sogenannten Sicherheitskonferenz, geht es nicht um Sicherheit sondern vielmehr darum die Macht der NATO weltweit zu sichern und in den Mitgliedsstaaten die Militarisierung voranzutreiben. Mit den völkerrechtswidrigen Kriegen gegen Jugoslawien, Irak und Afghanistan sind die NATO Mitgliedsstaaten verantwortlich für tausenden von Toten sowie wachsendem Folter und Flüchtlingselend überall auf der Welt. Der Bevölkerung soll die Aufrüstung unter dem Deckmantel der Sicherheit verkauft werden. Doch wo auch immer die Ungerechtigkeit sich zu Tisch setzt regt sich auch Widerstand, und da macht München keine Ausnahme. Jedes Jahr versammeln sich dort tausende Kriegsgegner um gegen Kriegshetze zu protestieren. Die SDAJ wird auch diesmal wieder dabei sein, falls du Interesse hast mitzufahren, dann melde dich bei uns!

AUF, AUF ...

ZUR TRADITIONELLEN DEMO IN GEDENKEN AN ROSA LUXEMBURG UND KARL LIEBKNECHT!

Am 2. Januarwochenende, um den 10.01.2010, findet traditionell die Luxemburg–Liebknecht–Demo in Berlin statt. Die beiden Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden vor 91 Jahren bestialisch ermordet, weil sie das kapitalistische System, Ausbeutung und Krieg vehement kritisierten und bekämpften. Dieser geleistete Widerstand ist aktueller denn je. Denn Deutschland beteiligt sich als imperialistische Großmacht wieder an Kriegseinsätzen in aller Welt. Es verfolgt dabei wieder ökonomische Interessen, wie bspw. neue Absatzmärkte zu erobern und den Zugriff auf natürliche Ressourcen zu sichern. Wieder ist angeblich kein Geld für Arbeitsplätze, Lehrstellen und Bildung da, aber für Rüstungsprojekte und Bankenrettungen werden Milliarden investiert. Und wer zahlt die Zeche? WIR!

Mach mit!

Denn die SDAJ startet mit der LL–Demo 2010 ihre neue Anti–Militarisierungskampagne. In den nächsten eineinhalb Jahren werden wir auf Themen, wie die Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr, die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, die Aggressivität des deutschen Kapitals und vieles mehr aufmerksam machen, Diskussion und aktiven Widerstand bieten.

Wehre dich!

Stelle dich gegen imperialistische Kriege, kämpfe für deine Rechte und gegen Ausbeutung, wie bereits Rosa und Karl! Komm auf die LL–Demo! Treffpunkt:

SONNTAG, 10.1.2010, 10 UHR, U-BHF. FRANKFURTER TOR BEI DEN ROTEN SDAJ-FAHNEN.

www.sdaj-berlin.de
www.ll-demo.de



WER WIR SIND & WAS WIR WOLLEN

Täglich wird Dir eingetrichtert, dass Du zu faul oder unflexibel bist, wenn Du in der Schule auf der Strecke bleibst, bei der Ausbildungsplatzvergabe leer ausgehst oder von Deinem Chef auf die Straße gesetzt wirst. Wir aber haben es satt, dass die Banken & Konzerne immer fettere Gewinne einfahren, während uns das Recht auf Arbeit und Ausbildung verweigert wird. Wir sehen nicht ein, warum der Staat Milliarden in die Rüstung pumpt, während wir auf Jugendzentren, Lernmittelfreiheit und Studium verzichten müssen. Wir wollen keine 1-Euro-Jobber und auch kein Kanonenfutter für die Bundeswehr sein. Und wir lassen uns nicht länger erzählen, dass SozialhilfeempfängerInnen oder AusländerInnen für die um sich greifende Armut in diesem Land verantwortlich sind. Wir – SchülerInnen, Azubis, junge ArbeiterInnen und Angestellte – haben uns deshalb in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend organisiert. Dabei eint uns nicht nur der tagespolitische Kampf, sondern auch die Einsicht, dass die Missstände nur dauerhaft überwunden werden können, wenn wir mit der jetzigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung brechen. Stattdessen treten wir für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der die arbeitenden Menschen – und nicht eine handvoll Kapitalisten – über den von ihnen geschaffenen Reichtum entscheiden.

DAZU BRAUCHEN WIR AUCH DICH – MACH MIT IN DER SDAJ!

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Landesverband Berlin/Brandenburg
V.i.S.d.P. O. Benario, Franz-Mehringplatz 1, Berlin
AUFLAGE 1.500
DRUCK Eigendruck
SATZ hatuey

BASTA! ist eine SchülerInnenzeitung. VerteilerInnen sind nicht für den Inhalt verantwortlich.

NÄCHSTE AUSGABE Februar 2010
REDAKTIONSSCHLUSS 23.01.10

KONKRETER KONTAKT

SDAJ-Berlin – Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin
www.sdaj-berlin.de info@sdaj-berlin.de
offenes Gruppentreffen Jeden Dienstag 19.00 Uhr Chile-Freundschaftsgesellschaft Jonasstr. 29, U-Hermannstr.

who is who?



WEI

Finanzminister



LEI

Kroko-Leder-Importeur



REI

Kriegsminister



ST

Stilberaterin



CH

Bundeskanzlerin



BE

Personal Trainer



RN

Sprach-Coach



EN

Außenminister



AL

Wohltäter



Einfach die Buchstaben aus den richtigen Kästchen eintragen

WER PROFITIERT VON DER POLITIK DIESER DREI?

die